

ÄA Kapitel 4.8 Kapitel 4: Vielfalt leben – in Freiheit und Gleichheit

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 08.12.2022

Änderungsantrag zu K-5

Nach Zeile 1220 einfügen:

Millionen Menschen befinden sich auf der Flucht aus der Ukraine. Wir stehen solidarisch an der Seite aller Geflüchteten. Diese Entwicklung und die anhaltend hohe Zahl an Schutzsuchenden auch aus anderen Konfliktgebieten bedeuten einen organisatorischen, logistischen und humanitären Kraftakt für Senat, Bezirke und die gesamte Stadtgesellschaft. Wir senden das klare Signal: Wir lassen euch nicht allein! Das schließt explizit auch alle Drittstaatler*innen und Staatenlose aus der Ukraine und aus anderen Regionen ein, die sich auf der Flucht vor Krieg und Verfolgung befinden. Wir unterstützen Hilfsangebote für BIPoC und Angebote für die Minderheit der Roma*nja, die bereits vor dem Krieg stark diskriminiert und sozial-benachteiligt waren. 40 Prozent der in der Ukraine lebenden Rom*nja sind staatenlos. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine ist auch ein Krieg um kulturelle Hegemonie. Wir setzen uns dafür ein, ukrainische Kulturangebote zu fördern sowie der kulturellen und politischen Eigenständigkeit der Ukraine in Berlin einen Ort zu geben.

Um auf steigende Zugangszahlen zügig und flexibel reagieren zu können, muss Berlin resilientere Strukturen für Ankunft und Unterbringung aufbauen. Auch in der gegenwärtigen Situation wollen wir weitestgehend Großstrukturen für die Unterbringung von Geflüchteten vermeiden und plädieren stattdessen für ein dezentrales Konzept von über die Stadt verteilten kleineren Standorten. So werden wir den Bedarfen der Menschen besser gerecht.

Um dauerhaft resiliente Strukturen zu schaffen, setzen wir uns für die Weiterentwicklung des Ankunftsentrums „Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik“ zu einem Campus ein, der in Ausnahmesituationen temporär Kapazitäten für bis zu 2.500 Menschen bereitstellen kann und in Zeiten geringerer Ankünfte als Ort der Begegnung dient. Bereits jetzt sind viele Initiativen und Beratungsangebote vor Ort versammelt. Ergänzend fordern wir ein Reaktionskonzept, um in Notsituationen kurzfristig zusätzliche qualitätsgesicherte Unterbringung verteilt auf die ganze Stadt gewährleisten zu können. Um die Unterbringungskapazitäten des LAF zu erhöhen, muss das MUF-2.0-Bauprogramm zügig umgesetzt werden, damit in jedem Bezirk mind. 1.000 zusätzliche Plätze mit Wohnungsstruktur und sozialen Angeboten dauerhaft zur Verfügung stehen. Für spezifische Zielgruppen und besonders vulnerable Gruppen wie unbegleitete Minderjährige, BIPoC oder LSBTIQ* richten wir inklusive Wohngruppen bzw. eigene Unterkünfte ein. Zudem müssen in allen Einrichtungen Schutzkonzepte für vulnerable Gruppen zur Prävention und zum Schutz vor Sexismus, sexualisierter Gewalt, Rassismus oder Queerfeindlichkeit implementiert werden.

Der Zugang zu Alphabetisierungs- und Sprachkursen, Sprachmittlung und Beratungsangeboten sowie psychosozialer und medizinischer Versorgung muss für alle Ankommenden ermöglicht werden. Ob die Versorgung mit Schulplätzen oder Deutschkursen, gerade beim Ankommen sind die Bezirke entscheidend. Daher sichern wir den Bezirken mehr Planungssicherheit sowie mehr finanzielle und personelle Unterstützung zu. Wir erhöhen den Integrationsfonds und werden die Mittel für VHS-Deutschkurse mindestens verdoppeln.

Unser Ziel ist das Leben in Wohnungen. Derzeit leben über 55.000 Menschen in Gemeinschaftsunterkünften, viele davon bereits seit Jahren. Unterkünfte sollen lediglich dem Ankommensprozess in den ersten Monaten dienen, bis eine passende Wohnung gefunden ist. Um der anspruchsvollen Herausforderung gerecht zu werden, muss der Senat das Programm Wohnen für

Geflüchtete deutlich aufstocken und ergänzen, mit landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften und Privaten Kooperationen schließen und den Anteil an WBS-Wohnungen erhöhen. Angesichts der positiven Erfahrungen mit der Unterbringung durch Private wollen wir ein Modellprojekt entwickeln, um dieses Potential auch zukünftig ergänzend zu nutzen und dabei Mindeststandards wie Kinderschutz zu etablieren.

Auch weitere positive Erfahrungen bei der Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine möchten wir auf alle Geflüchteten ausweiten. So braucht es neben ausreichend Schulplätzen einen zügigen Übergang geflüchteter Kinder und Jugendlicher in Regelklassen, Beschäftigungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten für pädagogische Fachkräfte und Deutsch als Zweitsprache als ordentliches Unterrichtsfach.

Wir fordern die Aufstockung der Zuwendungen für die Träger, die psychosoziale Beratung, Versorgung und Vermittlung der Geflüchteten anbieten, sowie die qualifizierte Sprachmittlung im gesundheitlichen Bereich damit der Zugang zur medizinischen Versorgung gewährleistet wird. Zudem streben wir in Berlin die Aufhebung der Wohnsitzauflage für anerkannte Geflüchtete an, um ihre Teilhabemöglichkeiten zu erweitern.

In Zeile 1303 einfügen:

Damit das Landesamt für Einwanderung eine echte Willkommensbehörde werden kann, braucht es eine mehrsprachige Online-Terminvergabe, mehrsprachige kostenlose Beratungsmöglichkeiten sowie ausreichend Personal, das Aufenthaltstitel zügig und unter Ausschöpfung der gesetzlichen Spielräume zugunsten der Antragstellenden erteilt. Für das geplante Landeseinbürgerungszentrum (LEZ) fordern wir eine vereinfachte Online-Terminvergabe, beschleunigte und digitalisierte Einbürgerungsprozesse, schlanke und unbürokratische Verfahren von Beratung bis zur Einbürgerung sowie kurze Bearbeitungszeiten, damit wir die Einbürgerungen in Berlin kontinuierlich steigern können. Es darf nicht sein, dass Einbürgerungsverfahren jahrelang dauern. Daher fordern wir die deutliche Aufstockung des Personals für Einbürgerung, die Nutzung der Landesspielräume zu Gunsten der Antragstellenden und Einbürgerungslots*innen sowie eine Einbürgerungskampagne. Auch die anstehende Reform des Einbürgerungsrechts auf Bundesebene und die damit verbundene Ausweitung des Antragsteller*innenkreises muss rechtzeitig und angemessen eingeplant werden.

Programm zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen